

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Tönning**  
**vom 23.09.2019, Nr. 6/2019**

Beginn: 19:36 Uhr

Ende: 22:38 Uhr

Die Mitglieder des Hauptausschusses sind mit Einladung vom 06.09.2019 unter Mitteilung der Tagesordnung zur heutigen Sitzung des Hauptausschusses ordnungsgemäß eingeladen worden.

Zur heutigen Sitzung sind erschienen:

Herr Stadtvertreter Peter Tetzlaff, Ausschussvorsitzender  
Herr Stadtvertreter Maik Peters  
Herr Stadtvertreter Sascha Halupka  
Herr Stadtvertreter Hans-Joachim Teegen  
Herr Stadtvertreter Jörg Rombach-Domeyer  
Herr Stadtvertreter Helge Harder  
Frau Stadtvertreterin Mery Ebsen  
Herr Stadtvertreter Andreas Gülck  
Herr Stadtvertreter Jacob Peters (als Gast)  
Herr Stadtvertreter Horst-Werner Knüppel (als Gast)

Entschuldigt fehlen:

Herr Stadtvertreter Jan Diekmann, stv. Ausschussvorsitzender  
Herr Stadtvertreter Manfred Hartwig

Von der Verwaltung nehmen an der Sitzung teil:

Frau Bürgermeisterin Klömmer  
Herr Büroleiter Hasse  
Herr Burkhard Martens bis TOP 9  
Frau Biere als Protokollführerin

Als Gäste nehmen teil:

Herr Bernd Mansel und Herr Uwe Wrigge für den Seniorenbeirat bis TOP 11  
Herr Dr. Stefan Klützke sowie Herr Henning Klützke für die Freiwillige Feuerwehr Tönning und Kating bis TOP 12  
Herr Dr. Holger de Vries, Gutachter Feuerwehrwesen bis TOP 12  
sowie einige Bürger

**1. Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden sowie Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Nach einer Anleiterübung der Freiwilligen Feuerwehr Tönning am Rathaus ab 19 Uhr begrüßt der Ausschussvorsitzende Herr Tetzlaff die Ausschussmitglieder, die Verwaltung sowie die Gäste und stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist. Zur Tonaufzeichnung der Sitzung gibt es keine Einwendungen durch die Anwesenden.

**2. Beschluss über die Festlegung der Tagesordnungspunkte, die in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden sollen**

Die Verwaltung bittet um Erweiterung der Tagesordnung um den neuen TOP 10 Beratung Beschlussfassung zum Regionalbudget der AktivRegion Südliches Nordfriesland. Außerdem soll zum TOP Brandschutzbedarfsplan (dann TOP 12) in dieser Sitzung nicht beraten und beschlossen, sondern zunächst informiert werden.

Die Verwaltung schlägt dem Hauptausschuss vor, die (neuen) Tagesordnungspunkte 12, 13, 14, 15, 16 und 17 in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten.

#### Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt, die Tagesordnung um den neuen TOP 10 Regionalbudget zu erweitern, den neuen TOP 12 umzubenennen in „Information zum Brandschutzbedarfsplan der Stadt Tönning“ und die neuen Tagesordnungspunkte 12, 13, 14, 15, 16 und 17 in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten.

Abstimmungsergebnis: 8 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

#### Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden sowie Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Beschluss über die Festlegung der Tagesordnungspunkte, die in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden sollen
3. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 20.08.2019 beratenen Punkte und Beschlüsse
4. Einwendungen gegen die Niederschrift des Hauptausschusses vom 20.08.2019
5. Einwohnerfragestunde
6. Bericht der Bürgermeisterin / Verwaltung
7. Vorstellung Workshop „Sicherheit für Senioren“
8. Vorstellung Digitalmanager
9. Sachstand Volkstrauertag
10. Beratung und Beschlussfassung zum Regionalbudget der AktivRegion Südliches Nordfriesland
11. Verschiedenes

#### Nichtöffentlicher Teil

12. Information zum Brandschutzbedarfsplan der Stadt Tönning
13. Grundstücksangelegenheiten
14. Beratung und Empfehlungsbeschlussfassung zur Namensgebung für das Sport-Stadion Friedrichstädter Chaussee
15. Personalangelegenheiten
16. Rechtsangelegenheiten/Vertragsangelegenheiten
17. Stundung Niederschlag und Erlass

#### **3. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 20.08.2019 beratenen Punkte und Beschlüsse**

In der Sitzung wurde über Grundstücks-, Personal- und Vertragsangelegenheiten sowie Stundung Niederschlagung und Erlass beraten bzw. beschlossen.

#### **4. Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses vom 20.08.2019, Nr. 5/2019**

Die Niederschrift ist fristgerecht zugegangen. Es gibt keine Einwendungen. Damit ist die Niederschrift genehmigt.

#### **5. Einwohnerfragestunde**

Es ergeben sich keine Fragen.

## **6. Bericht der Bürgermeisterin/Verwaltung**

Frau Klömmer berichtet zunächst von der heute besuchten Mitgliederversammlung des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages sowie der Bürgermeisterdienstversammlung. Dort wurde seitens des Geschäftsführenden Vorstandes Herrn Bülow sowie des Landrates Harrsen über den Sachstand KITA-Reform berichtet. Das Gesetz wird aktuell im Landeska- binett beraten und soll bis Ende 2019 beschlossen sein. Die Eckpunkte der Reform bezie- hen sich auf eine Steigerung der Qualität sowie auf eine finanzielle Entlastung sowohl der Eltern -durch Senkung der Elternbeiträge- als auch der Kommunen. Qualitätsverbessernd sollen u.a. die konkrete Einführung eines Qualitätsmanagementsystems, ein angehobener Fachkraft-Kind-Schlüssel sowie erweiterte Zeiten zur Vor- und Nachbereitung sowie Fach- beratung sein. Kritisch sieht Frau Klömmer in diesem Zusammenhang die Gewinnung von Fachkräften sowie zu erwartende Kostensteigerungen. Wenig zufriedenstellend ist zudem die finanzielle Belastung der Kommunen, die derzeit rund 50 Prozent der Kosten tragen. Zwar gäbe es perspektivisch seitens des Landes höhere Mittelzuweisungen, dennoch fragt Frau Klömmer an, ob das Ziel, künftig lediglich 33 Prozent durch die Kommunen zu finan- zieren, erreichbar ist. Das neue Finanzierungsmodell soll zum 01.01.2024 greifen, in der Übergangszeit ist von einer finanziellen Mehrbelastung auszugehen. Frau Ebsen fragt in diesem Zusammenhang eine komplette Beitragsfreiheit für Eltern an, die in Hamburg und Niedersachsen für Haupt-/Kernzeiten gelte. Diese wurde in Schleswig-Holstein nicht disku- tiert. Vorrangiges Ziel ist eine Entlastung.

Auch der Kommunale Finanzausgleich in S.-H. war Thema der heutigen Veranstaltung. Das bestehende Finanzausgleichsgesetz wurde als rechtswidrig beklagt und soll nach einem Gutachten neu aufgestellt werden. Sowohl das Land als auch die Kommunen sind unterfi- nanziert, momentan sind jedoch die Kommunen mit einer Unterfinanzierung von 533 Mio. Euro im Vergleich zum Land überbelastet. Ziel ist eine gerechtere Mittelverteilung zwischen Bund und Land. Auf den der drei kommunalen Spitzenverbände Gemeindetag, Städtever- band und Landkreistag vorgelegten Vorschlag wurde von seitens des Landes nicht einge- gangen, so dass vergangene Woche entsprechende Gespräche zwischen dem Ministerprä- sidenten und der Finanzministerin abgebrochen wurden. Angestrebt wird ein Symmetrie- Koeffizient von 1,0, um absolute Gleichrangigkeit der Ausgaben des Landes und der kom- munalen Ebene zu gewährleisten. Damit wären Land und Kommunen gleichermaßen mit der Unterfinanzierung belastet. Frau Klömmer weist in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass es sich hier zunächst um die Betrachtung der vertikalen Ebene (Land – Kommu- nen) handelt und im nächsten Schritt auch über die horizontale Ebene, also die Verteilung zwischen den Städten, Gemeinden und den Kreisen betrachtet werden muss.

Frau Ebsen fragt, ob konkrete Summen, v.a. für Tönning bereits bekannt sind. Diverse Zah- len unterschiedlicher Berechnungsmodelle liegen vor, sind jedoch nicht belastbar, so Frau Klömmer, da entscheidende Gesichtspunkte noch in weiteren Gesprächen geklärt werden müssen. Das neue Finanzausgleichsgesetz muss zu Ende des Jahres 2020 stehen, so dass entsprechende Zahlen in die Haushalte 2021 einfließen können.

Weiter berichtet Frau Klömmer in diesem Zusammenhang auch über die Kürzung der Mittel für die Flüchtlingsintegration. So wird der Integrationsfestbetrag von 17 Mio. Euro (2019) auf 5 Mio. Euro (2020) gekürzt, die Mittel für die Ehrenamtsberatung und -koordination in Höhe von 170.000 Euro komplett gestrichen. Entsprechende Aufgaben sind jedoch weiterhin zu erfüllen, so dass unklar ist, wie die Finanzierung künftig geregelt sein wird. Diese Fragestel- lung ergibt sich auch für andere Bereiche wie u.a. das Bundesteilhabegesetz.

Auf der heutigen Veranstaltung wurde durch Herrn Landrat Harrsen auch die Wohnungsmarktanalyse vorgestellt, die der Kreis für das Kreisgebiet Nordfriesland beauftragt hat. Ein Endbericht soll im November vorliegen; bisher liegen den Kommunen kaum Informationen vor. Frau Klömmer merkt zudem kritisch an, dass sie eine Abstimmung im Vorfeld der Analyse vermisst hat. Schließlich seien einige Kommunen im Zusammenhang mit der Städtebauförderung mit ähnlichen Fragestellungen betraut. Synergien hätten genutzt, Kosten für mögliche Doppelerhebungen reduziert werden können.

Frau Klömmer berichtet auch von einer Planstelle, die der Kreis künftig schaffen wird für Betrachtungen der Bevölkerungsprognose, welche u.a. wichtige Grundlagen für die Kita- sowie Schulplanung beinhaltet.

Auch die Situation des ÖPNV wurde auf der Veranstaltung erörtert. Der Rufbus wird seit Ende August im gesamten Raum Mittleres Eiderstedt mit einer Abrufquote von 100 Prozent genutzt, in den übrigen Bereichen mit 20-30 Prozent, Tönning liegt bei 26 Prozent. Im November will der Kreis verstärkt auf die ehrenamtlichen Kümmerer vor Ort zugehen. Susanne Dethloff ist Kümmerin in Tönning.

Ebenso berichtet Frau Klömmer von der Mitgliederversammlung der BBNG, die sie heute besucht hat. Das Gesellschaftersystem wurde umgestellt. Neue Kommanditisten können nicht mehr hinzukommen, bestehende lediglich ihre Einlage erhöhen. Der Aufsichtsrat setzt sich ab sofort aus vier kommunalen (zuvor drei) und vier nicht-kommunalen Mitgliedern zusammen. Frau Klömmer ist neues Mitglied im Aufsichtsrat. Im nichtöffentlichen Teil wird weiter zum Thema Breitbandausbau ausgeführt.

Der Bürgerpreis für 2019 soll in guter Tradition auf dem Neujahrsempfang 2020 übergeben werden. Frau Klömmer bittet darum, Vorschläge einzureichen. Darum werden über die Presse auch die Tönninger Bürgerinnen und Bürger gebeten. Sie bittet die Arbeitsgruppe (Frau Ebsen, Herr M. Peters, Herr Ziegert und Herr Jensen) darum, sich zu terminieren.

Mit dem neuen Förderscout des Kreises Nordfriesland, Herrn Klünder, ist die Zusammenarbeit angelaufen. In einem Verwaltungsleiterworkshop wurde über die Konzeption der Zusammenarbeit beraten. So bilden zwei bis drei Vertreter der Verwaltungsleiter eine Steuerungsebene, die die operative Arbeit ausrichtet. Eine Beratung und Unterstützung einzelner Kommunen bei der Antragsstellung kann Herr Klünder nicht leisten. So soll eine Datenbank bestehende Förderprogramme zusammenführen und dem Erfahrungsaustausch sowie der Vernetzung dienen. Perspektivisch sollen auch eigene Projekte wie Smart City, Mobilität, etc. umgesetzt werden. Frau Klömmer warnt hier vor Doppel-Strukturen. Auch die Abgrenzung zu den Regionalmanagern der AktivRegionen muss geklärt werden. Auf Nachfrage erklärt Frau Klömmer, dass der Städteverband regelmäßig hinweist und hierüber informiert. Teilweise ist es jedoch sehr aufwendig für anstehende Projekte Fördertöpfe ausfindig zu machen wie z.B. bei Fördermitteln für das Thema Städtepartnerschaften. Hier könnte der Fördermittelscout sicher unterstützen.

## **7. Vorstellung Workshop „Sicherheit für Senioren“**

Herr Mansel stellt in Vertretung für Herrn Hans-Ulrich Pross eine Veranstaltung des Seniorenbeirates vor, die am 25.10.2019 von 14 bis 17 Uhr in der ETS Tönning stattfindet. Unter der Überschrift „Sicherheit - nicht nur für Senioren“ finden drei Workshops zur Kriminalprävention (Enkeltrick, etc.), Vollmachten und Verfügungen (Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung, Notfallmappe) sowie zur Sicherheit im Haushalt statt. Plakate sowie ein Pressearti-

kel bewerben die Veranstaltung. Die Teilnahme ist kostenfrei, Anmeldungen nimmt das Vorzimmer der Bürgermeisterin entgegen.

### **8. Vorstellung Digitalmanager**

Herrn Burkhard Martens ist seit dem 01.07.2019 als Digitalmanager in der Stadtentwicklungsabteilung tätig und stellt sich selbst und seine Arbeit sowie die digitale Agenda für die Stadt Tönning vor. Herr Martens ist gebürtiger Tönninger und hat viele Jahre bei der NOS-PA im Bereich Digitalisierung/Internet gearbeitet. Nachdem Herr Martens einen Einblick in die Gründe und Erfordernisse der zunehmenden Digitalisierung gibt, stellt er die konkreten Planungen für die Verwaltung vor. Neben einem neuen Internetauftritt der Stadt, der für Ende 2019 vorgesehen ist und der neben einem ansprechend-frischen Layout v.a informativ und nutzerfreundlich sein wird, soll ein Informationsportal für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Intranet) entstehen. Bürger und Touristen sollen zudem im Stadtgebiet über WLAN-Hospots kostenfrei das Internet nutzen können. Für eine zukunftsgerechte Arbeit in den Gremien soll ein digitales Ratsinformationssystem eingeführt werden. Auf längere Sicht soll darüber hinaus die Aktenführung der Verwaltung über ein Dokumenten-Management-System (DMS) digital erfolgen. Herr Martens blickt bei seinen Ausführungen perpektivisch auf das Online-Zugangs-Gesetz (OZG), nachdem Bund, Länder und Kommunen Ende 2022 verpflichtet sind, Bürgern sowie Unternehmen 575 einzelne Leistungen online anzubieten. Ebenso betrachtet sein Ausblick das Thema „SmartCity“: digitale Informationen von/zu Mülleimern, Parkplätzen, Straßenbeleuchtung, u.a.

Die Präsentation „Digitale Agenda für die Stadt Tönning“ ist als Anlage dem Originalprotokoll beigelegt.

### **9. Sachstand Volkstrauertag**

Nach den Rückmeldungen zur Gestaltung des Volkstrauertages aus einzelnen Fraktionen in der letzten Hauptausschuss-Sitzung berichtet Herr Dr. Stefan Klützke, der heute als Gast anwesend ist, für die Fachschaft Geschichte der ETS Tönning von der Bereitschaft von zwei Schülern des 11. Jahrganges, eine Ansprache zu halten. Dies sei zunächst als Pilotprojekt zu verstehen. Herr Dr. Klützke betont auch, die Tönninger Vereine und Verbände fühlten sich an Tagen wie diesen in der Pflicht des Engagements und der Teilnahme und erbittet dies auch aus den Reihen der Stadtvertretung. Auch regt er an, die Veranstaltung nach Katinger Vorbild bei schlechtem Wetter in die Kirche zu verlegen. Der Weg zum Friedhof sei möglicherweise ansonsten zu weit.

Die Stadtvertretung begrüßt das Engagement der Schule sehr und bedankt sich herzlich bei den Schülern und Lehrern. Es besteht Einigkeit darüber, seitens der Stadtvertretung der ETS durch Anwesenheit den Rücken zu stärken. Ein alternativer Veranstaltungsort bei Regenwetter wird begrüßt.

Frau Klömmer wird Kontakt zum Geschichtsprüfer der ETS aufnehmen und betont nochmals, den Fokus der Veranstaltung nochmal neu und anders auf die Bedeutung bzw. den Sinn und Inhalt des Tages zu legen.

Für eine Pause wird die Sitzung von 21 Uhr bis 21.10 Uhr unterbrochen.

## **10. Beratung und Beschlussfassung zum Regionalbudget der AktivRegion Südliches Nordfriesland**

Frau Klömmer berichtet über die Beratungen zur Skateranlage in der letzten Sitzung des Schul-, Sport-, Sozial- und Kulturausschusses. Hierzu hat die Verwaltung im Nachgang die Pläne entsprechend der Vorschläge konkretisiert um den Jugendlichen eine zeitnahe Rückmeldung geben zu können. Auch ein Vor-Ort-Termin hat stattgefunden.

Der Basketball-Platz am Jugendzentrum, der zunächst für die Anlage vorgesehen war, wird weiterhin für Basket- sowie auch Fußballspiele genutzt und ist zudem zu klein. Daher soll nun ein Teil der Parkfläche des Jugendzentrum auf der Deichseite genutzt werden. Dieser Platz ist größer und besser einsehbar. Herr Dr. Klützke weist darauf hin, den Platz auch in Bezug auf den möglichen Einsatz von Rettungsfahrzeugen zu betrachten.

Diskutiert wurden auch nochmals die anzuschaffenden Elemente. Die Angebotssumme für die drei final ausgewählten Elemente liegt zwischen 18.000 bis 20.200 Euro und damit unterhalb der Betragsgrenze für Kleinprojekte, die seitens der AktivRegion Südliches Nordfriesland aus dem Regionalbudget gefördert werden.

Frau Klömmer stellt in diesem Zusammenhang das Förderprogramm Regionalbudget in der Gesamtheit vor. Die Kurzfristigkeit der Information ist der just stattgefundenen Vorstandssitzung der AktivRegion geschuldet. Detailangaben zum Programm sind aus der Anlage ersichtlich, die in der Sitzung als Tischvorlage vorlag und dem Originalprotokoll beigelegt ist.

Der AktivRegion Südliches Nordfriesland stehen für die Jahre 2020, 2021 und 2022 je 200.000 Euro Fördermittel als Regionalbudget zur Verfügung. Über dieses Programm können Kleinprojekte, die einen Kostenrahmen von 20.000 Euro nicht übersteigen dürfen und die im Januar/Februar 2020 durch ein Entscheidungsgremium ausgewählt werden, gefördert werden.

Für das Regionalbudget ist ein Eigenanteil von 10% durch die öffentlichen Mittel der AktivRegion beizusteuern. Dieser Anteil wird nach dem Bevölkerungsschlüssel berechnet. Für die Stadt Tönning sind von den 20.000 Euro öffentlicher Mittel, ein Betrag von 1.520,52 Euro jährlich aufzubringen. Dieser Beitrag würde im Rahmen der Haushaltsplanung 2020, 2021 und 2022 mit aufgenommen.

Eine zeitliche Verschiebung der Errichtung der Skateranlage ergibt sich daraus voraussichtlich nicht, da vor Installation der Elemente der Untergrund hergerichtet werden. Die vorgesehene Fläche weist Risse auf, die ohnehinerst im Rahmen der regulären Asphaltierungsarbeiten Anfang 2020 behoben werden können.

### **Empfehlungsbeschluss:**

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung, der Einführung und der Mitfinanzierung des Regionalbudgets von 200.000 Euro pro Jahr der AktivRegion Südliches Nordfriesland über einen Zeitraum von drei Jahren zuzustimmen. Der Finanzierungsanteil der Stadt Tönning an den öffentlichen Mitteln in Höhe von rund 1.600 Euro pro Jahr wird im Rahmen der Haushaltsplanungen 2020, 2021 und 2022 bereitgestellt.

**Abstimmungsergebnis:** 8 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

## **11. Verschiedenes**

Herr Rombach-Domeyer beobachtet mit Sorge, dass im Stadtgebiet zunehmend Wohnungen zu Ferienwohnungen umgewandelt werden und bittet dazu um Fallzahlen. Frau Klömer sagt zu, hierzu rechtliche Hintergründe zu prüfen sowie weitere Informationen und mögliche Statistiken einzuholen. Die Thematik soll in einer der nächsten Sitzungen des Bau-, Verkehrs-, Umwelt- und Kleingartenausschusses beraten werden.

Herr Tetzlaff erbittet die Kontrolle des ruhenden Verkehrs im Bereich des Parkplatzes Allee. Dort sind zwei Wohnwagen abgestellt, die über einen langen Zeitraum nicht bewegt wurden. Herr Hasse wird den neuen Außendienstmitarbeiter informieren.

Die Verwaltung hatte um eine Votum der Fraktionen zur Beflaggung vor dem Rathaus gebeten. Hintergrund ist die Anfrage des Kreises, die Kampagne „MOIN Lieblingsland“ mit einer Flagge zu unterstützen. Ebenso bittet der Kreis um Beflaggung der Sozialzentren. Die Fraktionen sind sich einig, dass sowohl die Schleswig-Holstein als auch die Tönning-Flagge dauerhaft vor dem Rathaus verbleiben sollen. Die SPD schlägt vor, „MOIN Lieblingsland“ am Schwimmbad zu beflaggen. CDU, AWT und SSW votieren für einen dritten Fahnenmast vor der Tourist-Information.

Herr Tetzlaff bedankt sich bei den Gästen und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21.50 Uhr.